

Fachdienst Migration

Jahresbericht 2008

Cornelia Andresen
(Diplom Sozialarbeiterin, FH)

Dreisamstr. 3, 79098 Freiburg

Tel: 0761-36891-137

FAX: 0761-36891-134

andresen@diakonie-freiburg.de

www.diakonie-freiburg.de

Inhalt	Seite
Einführung	2
1. Persönliche Beratung	3
1.1 KlientInnen	3
1.2 UnterstützerInnen	3
1.3 Rechthilfefonds	3
2. Projekte: Schwerpunkt „Illegalität“	4
2.1 Ausstellung: „Sichtbar- unsichtbar: Kein Mensch ist illegal“	4
2.2 Gottesdienste	6
3. Ehrenamtliche	6
3.1 Ökumenisches Asylforum	6
3.2 Beratung und Vermittlung von Freiwilligen	7
3.3 Fortbildungsangebote	7
4. Gremienarbeit	8
4.1 Flüchtlingskommission	8
4.2 Forum Zuwanderung	8
4.3 Migrationsausschuss	9
4.4 Koordinationskreis	9
4.5 Runder Tisch: Menschen in der Illegalität	9
Resumee und Ausblick	10

Brauchbitten

Wir brauchen welche
Die weinen können
Die trauern um alle
Die nicht überlebt haben
Um alle
Die gebrochen wurden in ihrer Würde
Vergewaltigt verstümmelt und zu Tode gequält

Wir brauchen welche
Die schreien können
Die das Unrecht beim Namen nennen
Laut und deutliche
Für alle
Die zum Schweigen gebracht wurden
Die sprachlos geworden sind in ihrem Schmerz

Wir brauchen welche
Die kämpfen können
Die nicht davonlaufen beim ersten Geruch des Schreckens

Wir brauchen welche
Die hoffen können
Die Dein Mund sind Dein Ohr und Dein Schrei
Denen schick Deine Kraft Gott
Die lass Ansteckend sein

Carola Moosbach

Die Flüchtlingszahlen in Freiburg haben sich nicht nennenswert erhöht, was Auswirkungen auf die Beratungsinhalte, aber auch auf städtische Strukturen z.B. der Wohnversorgung hat. Dieser Zahlenrückgang in der Asylantragstellung im Vergleich zu vor acht Jahren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weiterhin Flucht- und Migrationsbewegungen gibt und geben wird. Wie viele Menschen sich ohne regulären Aufenthalt in der Bundesrepublik aufhalten, kann nur geschätzt werden. Zum Teil tauchten diese Personen in unserer Beratung auf. Deshalb war es uns wichtig, *Illegalität* zum Thema zu machen. Mit der Ausstellung „Sichtbar- unsichtbar- kein Mensch ist illegal“ im Februar wurde eine breite Öffentlichkeit in Freiburg aufmerksam gemacht auf die Lebenssituation von schätzungsweise 1 Million Menschen in der BRD. Das umfangreiche Begleitprogramm war gut besucht und schaffte Einblick in die verschiedenen Lebensaspekte von Menschen, die in der Illegalität leben. Die gesetzlichen Einschränkungen und Hürden beim Familiennachzug werden dazu führen, dass Familienangehörige auch ohne Aufenthaltssicherung in Deutschland leben werden. So ist es ein weiter wichtiges Ziel, die grundlegenden Menschenrechte gerade auch für diesen Personenkreis einzufordern und die Politik zu motivieren, mutig und aufgeschlossen an die Thematik heranzugehen.

1. Persönliche Beratung

Im Berichtszeitraum wurden 42 Personen als KlientInnen oder UnterstützerInnen beraten. Dabei wendeten sich 28 Personen direkt an uns, weitere 14 kamen über vermittelnde Personen. Auffällig ist, dass es zu 25 % Personen waren, die keinen festen Wohnsitz in Freiburg hatten, sondern entweder zu Besuch, ohne Aufenthalt, nach dem Studium oder auf der Durchreise waren. Es handelte sich nicht mehr um die klassische Beratung von Flüchtlingen, sondern um Personen, die keine anderen Ansprechpersonen fanden.

1.1 KlientInnen

Es wurden 16 Männer und 12 Frauen beraten, die Mehrheit der Personen ist zwischen 20 und 40 Jahren alt. 14 Personen hatten eine Aufenthaltserlaubnis. Ihre Anliegen betrafen entweder die Aufenthaltsverfestigung zur Niederlassungserlaubnis oder zur Einbürgerung. In einigen Fällen um Fragen des Familiennachzugs oder um Wohnungssuche und Arbeit bzw. Ausbildungsmöglichkeiten. Die Zahl der Personen, die mit ungesichertem oder ohne Status in die Beratungsstelle kamen, stieg. Hierbei standen Fragen zur Aufenthaltsicherung, Krankenversicherung, Lebensunterhaltsicherung oder finanzielle Unterstützung im Vordergrund.

Drei Klientinnen baten uns, sie zur Durchsetzung ihrer Ansprüche auf die Ausländerbehörde zu begleiten.

Wir hatten daneben fünf Anfragen zur Überprüfung von Ablehnungen zur Altfallregelung, mit Ablehnung von Bafögansprüchen und eine Anfrage von einer Person, die in der Justizvollzugsanstalt Freiburg einsaß.

1.2 UnterstützerInnen

Vierzehn Personen fragten für Bekannte, FreundInnen oder KlientInnen an und erbaten sich fachliche Unterstützung bei der Einschätzung ihrer Problemstellungen. Diese Personen befanden sich noch zum Teil im Ausland oder waren erst einmal nicht selbst in der Lage, direkt mit uns Kontakt auf zu nehmen. In sechs Fällen handelte es sich um kollegiale Beratung.

1.3 Rechtshilfefonds

Wir hatten 14 Anfragen, um aus dem Rechtshilfefonds Unterstützung zu bekommen. Von diesen wurden 12 bewilligt. Zwei wurden abgelehnt, da die Anfragenden nicht in das Profil des Rechtshilfefonds passten. Hier erlebten wir deutlich die Veränderung unserer KlientInnen. Nicht nur ehemalige Flüchtlinge hatten Schwierigkeiten, rechtliche Beratung und Verfahren in Anspruch zu nehmen, sondern vermehrt andere Ausländer, die keinen Flüchtlingshintergrund

mitbringen. Zum einen hatte das mit der zunehmenden Verarmung von AusländerInnen zu tun, zum anderen auch mit der Praxis, Prozeßkostenhilfe nicht rechtzeitig bewilligt zu bekommen. Diese Situation hatte dazu geführt, dass die Satzung des Ökumenischen Asylforums neu überarbeitet wurde. So ist es nun nicht unbedingt Voraussetzung, als Flüchtling eingereist zu sein, sondern auch eine Gefährdung des Aufenthaltes kann in bestimmten Situationen zu einer finanziellen Unterstützung führen.

2. Projekte: Schwerpunkt „Illegalität“

2.1 Runder Tisch „Illegale“

Nach 3 Jahren der Auseinandersetzung um ein gemeinsames Vorgehen konnte die Informationsbroschüre für Krankenhaus- und Pflegepersonal verabschiedet und gedruckt werden. Auf diese Broschüre wurde im März bei einem Info-stand in der Innenstadt hingewiesen. Das Ziel war und ist es, Ärzte und Krankenhauspersonal mit diesem Flyer zu informieren und so den Zugang zu gesundheitlichen Leistungen zu vereinfachen und mehr Rechtssicherheit zu bieten.

Die Teilnehmenden des Runden Tisches entschieden sich für die Einrichtung eines Gesundheitsfonds, der beim DRK angesiedelt wurde. Ein Fondsrat, bestehend aus Mitgliedern verschiedener Organisationen, soll über die Vergabe der Gelder entscheiden. Der Fonds soll über Spendengelder gespeist werden, die Werbung dafür gemeinsam unterstützt werden. Hierzu hatte sich auch der Freiburger Gemeinderat in der Migrationsausschusssitzung vom 28.1.2008 bereit erklärt.

2.2 Ausstellung: „Sichtbar- unsichtbar: Kein Mensch ist illegal“

AUSSTELLUNGSPROJEKT: **KEIN MENSCH IST ILLEGAL**

Ein falscher Schritt schon bist du raus.



Plakatausstellung zum Thema „kein Mensch ist illegal“. Mit den Plakaten soll auf die miserablen Lebensbedingungen von illegalisierten Menschen aufmerksam gemacht werden. Unsichtbares in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.

Ziel ist, die Situation der Menschen in dieser Gesellschaft sichtbar zu machen, die persönlich unsichtbar bleiben, um ihr Leben in Deutschland nicht zu gefährden.

Die Plakate beschreiben das komplexe Thema einer Existenz ohne Papiere, zeigen, die unsichtbare Existenz von so genannten „Papierlosen“ oder „Schattenmenschen“ mitten in Deutschland.

Die einzelnen Plakate vermitteln in großer Intensität und kreativer Vielfalt einen Eindruck, der ohne zusätzliche Erläuterungen für sich spricht.

Sie motivieren „Illegalität“ als gesellschaftliche Realität in der unmittelbaren Umgebung wahrzunehmen.

Menschen ohne Aufenthaltspapiere sind im Alltag der Öffentlichkeit nicht vorhanden. Deshalb hat die Ausstellung „Sichtbar-unsichtbar, kein Mensch ist illegal“ sehr gut gepasst, um auf diese Situation aufmerksam zu machen und sich an das Thema heranzutasten. Die Aktion wurde von Südwind koordiniert. Das Diakonische Werk hatte sich mit vielen anderen Wohlfahrtsverbänden und Organisationen (siehe Anlage) daran beteiligt, so dass 30 Ausstellungsplätze im öffentlichen Raum gefunden wurden, an denen die Ausstellung zu sehen war. Wir konnten 5 evangelische Kirchengemeinden und das Diakoniekrankenhaus für diese Aktion gewinnen und haben uns am Verteilen und Einsammeln der Ausstellungstafeln beteiligt.

Auch das Begleitprogramm mit Filmen, Theater, Vorträgen und einem Gottesdienst zeigte die Bandbreite, wie dieses schwierige Thema präsentiert wurde. Wir organisierten folgende Veranstaltungen mit:

- Der **Gottesdienst in der Christuskirche am 2.3.2008** fand zum **Gedenken an die Ertrunkenen an den Außengrenzen Europas** statt. Der Predigttext Jesaja 54,7-10 enthielt das Gefühl der Menschen, von Gott in einer schwierigen Situation verlassen zu sein und trotzdem auf die Hoffnung bauen zu können, nicht von Gott vergessen zu sein. Hier wurden auch die Menschen bedacht, die nicht „die Gnade der Geburt im richtigen Teil der Welt“ (Zitat aus der Predigt von Dekan Dr. Engelhardt) erhalten hatten, die sich jedoch „Flüchtlinge, eher Exilierte, Verbannte durch die Verweigerung des elementarsten aller Menschenrechte, das Recht auf Leben und unantastbare Würde“ nennen. Die Informationen der Mitarbeiterin des Fachdienstes Flüchtlinge des Diakonischen Werks erläuterten Fluchtursachen. Die Sicherung unseres Lebensstils durch das Profitieren von ungerechten Welthandelsbedingungen und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Erde führen zu Fluchtbewegungen in anderen Teilen des Planeten.
- Im Rahmen unserer Fortbildungsreihe für Ehrenamtliche hatten wir mit der Diakonie im Landkreis Breisgau Hochschwarzwald und den beiden Caritasverbänden Freiburg Stadt und Landkreis Breisgau Hochschwarzwald für eine Informationsveranstaltung Frau

Vera Borgards/ Deutscher Caritasverband gewinnen können. Sie sprach über das Thema „Menschen ohne Aufenthaltstitel- eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft“.

- Am Samstag, den 15.3.08 veranstaltete der Runde Tisch „Illegalität“ einen **Stand in der Freiburger Innenstadt**, um die Freiburger BürgerInnen zu informieren (siehe 4.5)

2.2 Gottesdienste

Der Gottesdienst wurde noch mehreren Gemeinden angeboten. Neben der Christuskirche nahm auch die Friedensgemeinde das Angebot an und das Thema zum Anlass, um sich am 13.6.08 im Gottesdienst mit den „ertrunkenen Menschen an den Außengrenzen Europas“ zu befassen, sich anrühren zu lassen und sie in ihre Gebete einzuschließen. Bei diesen Gottesdiensten wurde auf die Unterschriftenkampagne von PRO ASYL hingewiesen und Unterschriftenlisten ausgelegt und weitergegeben.

3. Ehrenamtliche

3.1 Ökumenisches Asylforum

Das Ökumenische Asylforum traf sich vier Mal.

- Die Ehrenamtlichen waren besonders daran interessiert, wie sie für die Menschen, die sie jahrelang begleitet hatten, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht, unterstützen können. Besonders problematisch und für die Betroffenen schwer erreichbar, wurde hier der Spracherwerb der Erwachsenen gesehen, denn obwohl viele Sprachkurse mit Kinderbetreuung angeboten wurden, fehlte es doch zum einen am Verständnis, wie eine Sprache gelernt wird (da viele der Erwachsenen wenig Erfahrung mit Schulbesuchen im Herkunftsland haben), noch an der möglichen Konzentration, sich auf das Lernen einzulassen (da die Versorgung der Kinder in diesem Kulturkreis überwiegend den Frauen vorbehalten bleibt). Die Aufnahme einer Tätigkeit, die die Familien ernähren können muss, ist äußerst schwierig, da für diesen Personenkreis oft nur schlecht bezahlte Arbeitsstellen zur Verfügung standen.
- Großes Interesse bestand darin, auch über die deutschen Grenzen hinaus zu sehen, wie z.B. die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen in der Schweiz praktiziert wird. Deshalb hatten wir **Jens Jörn Jendrich** eingeladen, damit er über seine Arbeit in Basel (Träger: Sozialhilfe der Stadt Basel, **WUMA** Wohnheim für unbegleitete minderjährige Asylsuchende) berichtete.

- Die angekündigte Umstrukturierung mit der Folge, die Flüchtlingssozialbetreuung unter das neu eingerichtete **Amt für Wohnraumversorgung** einzugliedern, löste unter den Ehrenamtlichen Besorgnis aus, da die Anbindung an das Sozial- und Jugendamt als äußerst sinnvoll und effektiv gesehen wurde und für die Familien eine optimale fachliche Betreuung garantierte. Das Ökumenische Asylforum sah sich deshalb veranlasst, mit einem Brief darauf aufmerksam zu machen, welche Nachteile die Umstrukturierung bringen könnte.
- Das neue Amt für Wohnraumversorgung, das neben der Unterbringung von Wohnungslosen auch für die Flüchtlingswohnheime zuständig ist, wurde vom Ökumenischen Asylforum aufgesucht, um sich kennenzulernen und über zukünftige Planungen (wie Schließung von Wohnheimen, Umstrukturierungen, Konsequenzen für den jeweiligen Stadtteil, usw.) zu sprechen.
Da die Belegungszahlen in den Unterkünften sehr stark zurückgingen, wurde eine Zusammenlegung von mehreren Wohnheimen durch die Verwaltung entschieden.
- Die Satzungsänderung des Rechtshilfefonds beschäftigte die Ehrenamtlichen. Diese war erforderlich geworden, um die inhaltlichen Vorgaben und die Anfragen der veränderten Realität anzupassen (siehe auch 1.3)

3.2 Beratung und Vermittlung von Freiwilligen

Im Berichtszeitraum wurden fünf Helferinnen vermittelt, die ein ehrenamtliches Engagement aufnehmen wollten. Die Vermittlung erfolgte zu Angeboten in den Flüchtlingsunterkünften in Freiburg, in die Hausaufgabenbetreuung oder die Unterstützung beim Deutsch lernen. Allen Interessenten wurde eine Einführung ins Asylrecht angeboten. Drei nahmen das Angebot war.

3.3 Fortbildungsangebote

Neben dem Fortbildungsangebot, das schon unter 2.2 vorgestellt wurde, hatten wir in diesem Jahr den Schwerpunkt wieder auf Jugendliche gelegt. Immer weniger junge Menschen haben Kontakt zu jugendlichen MigrantInnen. Der Film „Draußen bleiben“ zeigte die Lebensrealität von zwei 16-jährigen Mädchen, die mit der deutschen Realität auf ihre Weise zurechtkommen müssen. Der Film schilderte dokumentarisch, wie Migrantinnen mit der Hoffnung auf eine Zukunft in Deutschland umgehen, welche Ängste und Sorgen sie belasten und mit welchen Schwierigkeiten sie und ihre Familien zu kämpfen haben. Der Film war fesselnd und regte zur Diskussion an.

Wir hatten drei Schulklassen (Hauptschule und Gymnasium) eingeladen und nach dem Film diskutiert. Den Lehrkräften war ein Besuch in ihrer Klasse angeboten worden, um das Thema zu vertiefen.

MITTWOCHSKINO

DRAUSSEN BLEIBEN

Regie: Alexander Riedel

| Deutschland 2007 | 84 Min. |

Zwei Freundinnen, die sich in einer Münchner Flüchtlingsunterkunft kennengelernt haben. Valentina ist mit ihrer Mutter und ihrem Bruder vor elf Jahren aus dem Kosovo nach Deutschland geflohen. Eine Aufenthaltsge-
nehmigung haben sie nie bekommen. Sie sind immer nur für zwei oder drei Monate geduldet. In dieser Unsi-
cherheit ist Valentina aufgewachsen. Suli ist Uigurin. Vor neun Jahren ist die Familie aus dem Nordwesten
Chinas geflohen. Sie hatten mehr Glück: alle wurden schnell als politische Flüchtlinge anerkannt und konnten
inzwischen in eine kleine Wohnung am westlichen Stadtrand von München ziehen. Draußen fühlen sich die
beiden Freundinnen frei. In der Anonymität der Stadt, wo sie nicht dem Einfluss der Brüder, Eltern, Lehrer
oder Behörden ausgesetzt sind, hängen sie gemeinsam mit Diana, Yasi und den anderen Mädchen in U-
Bahnhöfen, beim Chatten oder auf dem Bolzplatz ab.

In Zusammenarbeit mit den Flüchtlingsbetreuern von Caritas und Diakonie.

Mi 01.10., 19:30, mit anschließender Diskussion | So 05.10., 21:30

4. Gremienarbeit

4.1 Flüchtlingskommission

Die Flüchtlingskommission tagte sehr unregelmäßig. Im Berichtszeitraum wech-
selte wieder der Vorsitz, wodurch eine kontinuierliche Arbeit erschwert wurde.
Ein wichtiger Teil war der Informationsfluss zwischen ARGE, Ausländerbehörde
und Sozialdiensten, um für die Flüchtlinge, die auf Grund der gesetzlichen
Bleiberechtsregelung eine Aufenthaltserlaubnis bekommen hatten, Mög-
lichkeiten zu schaffen, Arbeit zu bekommen oder einen schon vorhandenen Ar-
beitsplatz zu behalten.

4.2 Forum Zuwanderung

Das Forum Zuwanderung hatte sich im letzten Jahr bemüht, Verbesserungen
und Vereinfachungen durch Informationen für die bleibeberechtigten Flüchtlinge
zu Schaffen. Anfang dieses Jahres bewegte uns besonders, dass es eine ge-
setzliche Bleiberechtsregelung gab, aber die unterstützenden Strukturen fehl-
ten, um hier Bedingungen zu schaffen, dass Flüchtlinge die einmal erhaltene

Aufenthaltserlaubnis nicht Ende 2009 wieder verlieren würden. Deshalb haben wir die Gemeindefraktionen angeschrieben und die Situation erläutert.

4.3 Migrationsausschuss

Der Migrationsausschuss tagte vier Mal. In der ersten Sitzung wurde die Idee des Gesundheitsfonds und der Flyer zur Information für Klinikpersonal über Menschen in der Illegalität vorgestellt. In der letzten Sitzung konnte berichtet werden, dass der Gesundheitsfonds vom Landesverband des DRK eingerichtet worden ist.

Großes Interesse fand auch die Vorstellung des Projekts „Freija“ der Diakonie Breisgau - Hochschwarzwald, bei dem Netzwerke zur Unterstützung von Menschenhandel betroffene Frauen.

Berufliche Perspektiven für MigrantInnen und der neue Bürgerservice der Ausländerbehörde über den Servicepoint wurden vorgestellt.

Umfangreich berichtet wurde über die Förderung gemeinwesenorientierter Integrationsprojekte sowie die Interkulturelle Woche. Auch die Umsetzung des ESF Bleiberechtsprojekts und die Wohnunterbringung für Flüchtlinge wurden interessiert diskutiert.

4.4 Koordinierungskreis

Dieses Gremium zum Austausch der aktuellen Problematik der Flüchtlingsarbeit wurde drei Mal besucht. Der Rückgang der Flüchtlingszahlen, damit die Möglichkeit, Wohnheime zu schließen und die Auswirkungen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung beschäftigte das Gremium. Auch die Überlegungen, die Flüchtlingsbetreuung zum neuen Amt für Wohnraumversorgung zu legen, wurde mit Sorge gesehen und die Vor- und Nachteile überlegt.

4.5. Runder Tisch: Menschen in der Illegalität



Der Flyer zur Information von Gesundheitspersonal wurde fertig gestellt. Er wurde mit anderen Informationen beim Stand am 15.3.08 verteilt und damit einem breiteren Publikum vorgestellt.

Es wurde weiter an dem Gesundheitsfonds gearbeitet, um für Menschen in der Illegalität Behandlungsmöglichkeiten zu finanzieren, ohne dass dadurch der Aufenthalt beendet werden muss.

Behandeln, aber nicht abschieben Badische Zeitung vom 26.11.2008



Die Migranten sollen bei der Untersuchung anonym bleiben. |

Foto: dpa

FREIBURG. Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus haben ein Recht auf medizinische Versorgung – doch wenn sie es in Anspruch nehmen, droht ihnen die Abschiebung. Um diesen Menschen im Notfall den Zugang zu ärztlicher Hilfe zu erleichtern, richtet der Landesverband Badisches Rotes Kreuz (BRK) jetzt einen Gesundheitsfonds ein. Dieser wird mit Spenden finanziert und soll Behandlungen ermöglichen, bei denen die Anonymität der Menschen gewahrt bleibt.

Die Rechtslage bei der medizinischen Versorgung der illegal im Land lebenden Menschen beschreibt das BRK so: Laut Asylbewerbergesetz haben sie ein Recht auf gesundheitliche Versorgung, müssen dafür allerdings ihren Status offen legen. Und damit droht ihnen die Abschiebung. Nehmen sie aber ärztliche Hilfe in Anspruch, ohne Angaben zu ihrem Status zu machen, bringen sie damit die Helfenden in eine rechtliche Grauzone. Ärzte und Krankenpfleger, die medizinische Notfallhilfe leisten,

sind zwar rechtlich abgesichert., sind dem Aufenthaltsgesetz zufolge verpflichtet, Öffentliche Stellen

dagegen, beispielsweise die Krankenhausverwaltung Menschen ohne legalen Aufenthalt zu melden, wenn sie mit diesen in Kontakt kommen – etwa bei der Abrechnung der Behandlungskosten.

Nach geltendem Recht könne der Staat den Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus im Krankheitsfall somit nicht helfen, sagt BRK-Präsident Jochen Glaeser: "Diese Menschen fallen durch ein Sieb." Allerdings sei der Staat damit einverstanden, dass Wohlfahrtsverbände wie etwa das BRK diese Lücke schließen. Der Verband will eng mit Ärzten und Kliniken zusammenarbeiten, die zum Teil schon jetzt illegal im Land lebende Menschen medizinisch versorgen. Der Migrant soll sich dabei direkt an eine Arztpraxis oder Klinik wenden, die bereit ist, ihn anonym und gratis zu behandeln. Diese kann anschließend beim BRK einen Zuschuss aus dem Gesundheitsfonds beantragen, allerdings nur für Sachmittel wie Medikamente, Krücken oder Zahnersatz, nicht aber für die ärztliche Behandlung selbst.

Als nichtöffentliche Einrichtung sei das BRK nicht verpflichtet, Menschen ohne Bleiberecht zu melden, sagt Jochen Glaeser. Trotzdem soll der Verband in der Regel von den Ärzten erst gar nicht über die Identität dieser Menschen informiert werden. Es werde zwar sicher Fälle geben, die mit den Behörden abzusprechen sind, meint der BRK-Präsident – wenn etwa der behandelte Migrant auf der Fahndungsliste steht. Im Grundsatz jedoch sei für das Rote Kreuz die humanitäre Hilfe wichtiger als ausländerrechtliche Fragen.

Den Finanzbedarf des Fonds kann beim BRK derzeit noch niemand beziffern. Es gebe zwar in einigen Städten schon ähnliche Projekte, aber auch die seien noch im Anfangsstadium, sagt

Angelika Mölbert, Referentin für Migration beim BRK. Damit fehlen bislang Erfahrungswerte – und außerdem ist unklar, wie viele Menschen überhaupt im BRK-Verbandsgebiet zwischen Rastatt und Konstanz illegal leben. In ganz Baden-Württemberg sind es laut einer Studie der Universität Oldenburg aus dem Jahr 2004 etwa 10 000 bis 12 000 Menschen.

Kontakt: Angelika Mölbert, Referentin für Migration beim BRK, 0761/88336-251.

Autor: Nicolas Scherger

Resumee und Ausblick

Wir hatten uns in diesem Jahr auch für die Kampagne: „Hier in Freiburg, wo ich lebe will ich wählen“ interessiert und die Veranstaltung besucht. Wir sehen es mit Besorgnis, dass viele ausländische Menschen immer noch von demokratischen Grundrechten ausgeschlossen sind.

Deshalb begrüßen wir es, dass die Stadt Freiburg an der Begrüßungsfeier für eingebürgerte Personen, die im historischen Kaufhaussaal stattfand, festhält. Hiermit wird ein Zeichen gesetzt, das diesen besonderen Aspekt in der Biographie eines Migranten/ einer Migrantin würdigt.

Wir beobachteten in unserer Arbeit, dass auch in anderen Bereichen der Diakonie verstärkt MigrantInnen unsere Angebote (sei es in der Schuldnerberatung, in der Schwangerenberatung oder dem SPDI) wahrnehmen. Das ist erfreulich. Andererseits fällt auf, dass wir außer den Problemlagen der Menschen immer noch recht wenig über ihre kulturellen Hintergründe, die mit alltäglicher Lebenserfahrung und – erwartung zu tun hat, wissen. Aus diesem Grund möchten wir im nächsten Jahr verstärkt den interkulturellen Austausch zwischen deutschen und ausländischen Frauen fördern, um Alltagserfahrungen auszutauschen. Dieses Wissen ist für eine gelungene Integration der MigrantInnen und eine Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft erforderlich und könnte langfristig Missverständnissen entgegensteuern. Gerade bei jungen Migrantinnen erleben wir, dass sie hin und her gerissen sind zwischen zwei Kulturen, aus denen sie sich jeweils das Beste heraus suchen, was allerdings oft nicht ohne Konflikte stattfindet. Hier mehr Verständnis und Klarheit zu erreichen ist ein langfristiges Ziel.